

Jahresbericht 2023

Rechenschaftsbericht des Vorstands



Impressum

Jahresbericht 2023

Rechenschaftsbericht des Vorstands

Herausgeber

Global Policy Forum Europe

Königstr. 37a

53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt

Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

Layout und Druck

www.kalinski.media

Bonn, Juni 2024

Inhalt

I. Überblick	4
II. Arbeitsschwerpunkte 2023	6
1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	6
2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung	11
3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	15
III. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	20
IV. Finanzbericht 2023	23
V. Daten und Fakten	26
1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2023	26
2. Veröffentlichungen	27
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten	29
4. GPF im Internet	31

I. Überblick

Das Jahr 2023 war geprägt von verschärften geopolitischen Konfrontationen. Sie haben auch den Diskurs über globale Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen dominiert. Angesichts der weltweiten Großwetterlage konnte es daher bereits als Erfolg gewertet werden, dass der SDG-Gipfel, der im September 2023 in New York stattfand, mit einer Politischen Erklärung im Konsens abgeschlossen wurde. Das Global Policy Forum (GPF) hat aus diesem Anlass einen umfassenden Report zur Halbzeitbilanz der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele, der SDGs, veröffentlicht.

Aber auch in anderen Themenfeldern, in denen das Global Policy Forum aktiv war, erwies sich der totgesagte Multilateralismus als erstaunlich lebendig. Das gilt zum Beispiel für die Bemühungen um Reformen der internationalen Finanzarchitektur. Erstmals vereinbarten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Herbst 2023, ein Rahmenübereinkommen zur internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich auszuarbeiten. Auch im Gesundheitsbereich waren die Staaten sich grundsätzlich einig, ihre Zusammenarbeit zu verstärken und in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Rekordgeschwindigkeit ein globales Pandemieabkommen auszuhandeln. Mit ihm wollen sie Lehren aus COVID-19 ziehen und für die Prävention, Vorsorge und Bekämpfung zukünftiger Pandemien besser gewappnet sein. Das Global Policy Forum hat die Verhandlungen, vor allem mit Blick auf den Einfluss von Interessenvertretern der Pharmaindustrie und privater Stiftungen verfolgt.

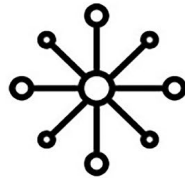
Ähnliche Regulierungsbemühungen gibt es im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte bereits

seit dem Jahr 2014, als im UN-Menschenrechtsrat die Entscheidung gefällt wurde, ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen auszuhandeln („UN-Treaty“). Wichtig ist für das Global Policy Forum in diesem Zusammenhang die Mitarbeit in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein solches Abkommen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und engagiert sich im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Daneben unterstützen wir seit 2019 auch die Initiative Lieferkettengesetz (<https://lieferkettengesetz.de/>).

Auch in den anderen Programmbereichen spielt das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken für GPF eine wichtige Rolle. Seit 2018 sind wir Mitglied im Geneva Global Health Hub, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, der die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisch unter die Lupe nimmt und sich für eine demokratische globale Gesundheits-Governance einsetzt (<http://g2h2.org/>). In Deutschland arbeiten wir seit 2020 in der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit mit (<https://www.plattformglobalegesundheit.de/>).

Im Bereich der Entwicklungsfinanzierung beteiligen wir uns aktiv im Civil Society Financing for Development (FfD) Mechanism (<https://csoforffd.org/>) und im europäischen Netzwerk Eurodad. Außerdem arbeiten wir weiterhin im deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice mit.

GPF und GPF Europe spielen eine aktive Rolle in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen. Zu ihnen gehören u.a.:



Treaty Alliance Deutschland

Reflection Group
on the 2030 Agenda for
Sustainable Development



II. Arbeitsschwerpunkte 2023

1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

Überblick

Im Mittelpunkt unserer Arbeit in diesem Themenbereich stand die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Wir haben dazu einen umfassenden Report veröffentlicht (<https://www.2030-agenda.de/de/halbzeitbilanz>) und waren an einer Reihe von Veranstaltungen beteiligt. Einige fanden in bewährter Kooperation mit dem Forum Umwelt und Entwicklung und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen statt.

Ein wichtiges Ereignis war der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen, der am 18. und 19. September 2023 im Rahmen der UN-Generalversammlung in New York stattfand. Verbindliche Beschlüsse brachte dieser Gipfel nicht. Aber angesichts der weltpolitischen Großwetterlage konnte es bereits als Erfolg gewertet werden, dass der Gipfel überhaupt mit einer Politischen Erklärung abgeschlossen wurde.

Zugleich warf ein weiterer Gipfel, der erst 2024 stattfindet, bereits seine Schatten voraus: Am 22. und 23. September 2024 findet bei den Vereinten Nationen in New York ein Gipfeltreffen statt, das sich mit einigen wesentlichen Zukunftsfragen der Menschheit befassen soll. Dieses als Zukunftsgipfel (Summit of the Future) apostrophierte Treffen soll der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zusätzlichen Schwung verleihen, aber über das Spektrum ihrer Ziele weit hinausreichen. Die vorgesehene Themenpalette des Gipfels reicht von der Reform der globalen Finanzarchitektur über eine neue Agenda für Frieden und internationale Sicherheit, die digitale Zusammenarbeit und die Rechte zukünftiger Generationen bis zur Transformation der Global Governance. Das Global Policy Forum wird sich in einer Reihe von Veranstaltungen und Publikationen mit den Themen des Zukunftsgipfels befassen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2023 in zwei Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

In Deutschland haben wir mit unserem Projekt **Halbzeit bei der SDG-Umsetzung** Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wird das Projekt, das eine Laufzeit bis Ende 2024 hat, von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global. Im Rahmen des Projektes veröffentlichten wir eine Reihe von Briefing Papers, die sich unter anderem mit dem Hochrangigen Politischen Forum (HLPF) und dem SDG-Gipfel befassten. In Online-Veranstaltungen berichteten wir live vom HLPF und dem SDG-Gipfel aus New York. In mehreren Veranstaltungen befassten wir uns mit der Halbzeitbilanz von Agenda 2030 und SDGs. Außerdem führten wir in zahlreichen deutschen Städten Vortragsveranstaltungen zur Agenda 2030 und den SDGs durch. Dabei ging es u.a. um die Frage, welche Rolle die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele spielen können. Schließlich führten wir das Informationsportal www.2030agenda.de fort. Im Jahr 2023 lag die Zahl der Besuche bei **32.357**, die der Seitenansichten bei **69.318**.

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt mit der **Friedrich-Ebert-Stiftung** fortgesetzt. Im Rahmen dieses Projektes haben wir im Mai 2023 mit einer Reihe internationaler Kooperationspartner den Report **Spotlight on Global Multilateralism** veröffentlicht. Der Report hat sich eng an den Themen orientiert, die im Vorbereitungsprozess zum UN-Zukunftsgipfel (*Summit of the Future*) auf der Agenda stehen (<https://www.globalpolicy.org/en/multilateralism>).

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Jens Martens** betreut.



SDG-Halbzeitbilanz: Viel Schatten – wenig Licht

von Jens Martens¹

Das Jahr 2023 markiert die Halbzeit bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Dass die Zwischenbilanz angesichts verschärfter Krisen und Konflikte düster ausfällt, ist keine Überraschung. Ein Lichtblick sind immerhin die Veränderungsprozesse, die die Agenda 2030 vor allem auf kommunaler Ebene ausgelöst hat. Entscheidend für Erfolg oder Scheitern der Nachhaltigkeitsagenda wird in der zweiten Halbzeit aber sein, ob die Länder des globalen Nordens, allen voran die USA und die Länder der EU, die notwendigen Mittel zur Umsetzung der SDGs mobilisieren und zu den überfälligen Reformen in der globalen Finanzarchitektur bereit sind.

Die Agenda 2030 war ein diplomatisches Meisterstück. Sie wurde ausgehandelt, nachdem Russland 2014 die Krim annektiert hatte, was Wirtschaftssanktionen und den Ausschluss Russlands aus dem Kreis der G8-Staaten zur Folge hatte. Dennoch gelang es, in New York die SDGs zu vereinbaren und mit der Agenda 2030 im Konsens zu verabschieden. Dies zeigt, dass diplomatische Einigungen auch in Zeiten geopolitischer Konfrontationen möglich sind.

Alarmruf zur Halbzeit

Aber acht Jahre später ist es „an der Zeit, Alarm zu schlagen. Auf halbem Weg zum Jahr 2030 sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung in großen Schwierigkeiten,“ konstatierte der UN-Generalsekretär in seinem Fortschrittsbericht über die Umsetzung der SDGs.² Zur Halbzeit sind die Länder nur bei höchstens 15 Prozent der Zielvorgaben im Plan. Bei fast 50 Prozent sind die Fortschritte unzu-

reichend und bei 37 Prozent stagniert die Entwicklung oder sie verläuft sogar in die falsche Richtung. Armut, Hunger und globale Ungleichheit haben infolge der Krisen der letzten Jahre wieder zugenommen, das Artensterben setzt sich ungebrems fort, die Klimakrise führt zu immer verheerenderen Extremwetterereignissen und die Zahl gewaltvoller Konflikte ist nach Angaben des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung weltweit im Jahr 2022 auf 216 gestiegen.³

Der Ukrainekrieg ist nur einer von ihnen, aber zweifellos der Konflikt mit den gravierendsten Auswirkungen für große Teile der Menschheit. Am deutlichsten zu spüren ist das bei der Ernährungssicherheit und der Energieversorgung. Die Weltmarktpreise für Getreide, Erdöl und Erdgas waren im vergangenen Jahr auf Rekordniveau gestiegen und haben eine Inflationsspirale mit massiven Folgen ausgelöst. Die *Global Crisis Response Group* der Vereinten Nationen warnte vor der bislang schwersten Krise der Lebenshaltungskosten in diesem Jahrhundert.⁴ Als Reaktion darauf sind die Notenbanken, allen voran die US-amerikanische Federal Reserve und die Europäische Zentralbank von ihrer Niedrigzinspolitik abgerückt. Die steigenden Zinsen drohen nun in vielen Ländern des globalen Südens eine neue Welle von Schuldenkrisen auszulösen – und damit die Verwirklichung der SDGs zusätzlich zu erschweren.

Angesichts dieser Situation richtete der UN-Generalsekretär einen dramatischen Appell an die Staatengemeinschaft:

„Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher und ein anderes Ergebnis erwarten. Wir können nicht mit einem moralisch bankrotten

¹ Dieser Beitrag erschien zuerst im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung 3/2023.

² UN Secretary-General (2023): Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition). New York: UN General Assembly and ECOSOC (UN Dok. E/2023/64) (<https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-07/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition.pdf>).

³ Heidelberg Institute for International Conflict Research (2023): Conflict Barometer 2022. Heidelberg (<https://hiik.de/konfliktbarometer/aktuelle-ausgabe/>).

⁴ Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022): Global Impact of the war in Ukraine: Billions of people face the greatest cost-of-living crisis in a generation (Brief 2, 8. Juni). New York/Genf: UN (<https://bit.ly/GCRG-Brief-02>).

Finanzsystem weitermachen und von den Entwicklungsländern erwarten, dass sie Ziele erreichen, die die Industrieländer unter weitaus weniger schwierigen Bedingungen erreicht haben.“⁵

Um die SDGs noch zu erreichen, forderte Guterres einen „Rettungsplan für die Menschen und den Planeten“ (*A Rescue Plan for People and Planet*), den die Staats- und Regierungschefs beim SDG-Gipfel am 18 und 19. September 2023 in New York beschließen sollten. Er sollte folgende drei Bereiche umfassen:

- Die Stärkung der Governance und der Institutionen für eine nachhaltige und integrative Transformation, inkl. der Stärkung von Städten und Kommunen.
- Die Priorisierung von Politiken und Investitionen, die Multiplikatoreffekte für alle Ziele haben, z.B. im Rahmen der sogenannten *Just Energy Transition Partnerships*.
- Die Erhöhung der SDG-Finanzierung und Sicherstellen günstiger globaler Rahmenbedingungen für die Länder des globalen Südens, inkl. eines SDG-Konjunkturprogramms (*SDG Stimulus*) von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr.

Obwohl Guterres' Plan hinreichend allgemein gehalten war, war er dennoch hochumstritten. Vor allem die USA und einige Verbündete lehnten den Vorschlag für ein SDG-Konjunkturpaket und auch für andere Formen der SDG-Finanzierung vehement ab. Dahinter steht die grundsätzliche Kontroverse über die Frage, welche Rolle die Vereinten Nationen bei der Reform der Internationalen Finanzarchitektur gegenüber den vom Westen dominierten Finanzinstitutionen, allen voran dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, spielen sollen. Die in der Gruppe der 77 (G77) zusammengeschlossenen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas setzen auf die Verein-

ten Nationen mit ihrem Prinzip „Ein Land – Eine Stimme“. Die westlichen Länder sehen das Mandat für die internationale Finanzpolitik vor allem bei IWF und Weltbank, in denen das Prinzip „Ein Dollar – Eine Stimme“ gilt.

SDG-Gipfelerklärung: Viel Commitment – wenig Action

Das offizielle Ergebnis des SDG-Gipfels 2023, die Politischen Erklärung der Staats- und Regierungschefs, wird den Erwartungen an einen „Rettungsplan“ kaum gerecht.⁶ Die Erklärung enthält in blumiger Prosa Verpflichtungen zu mutigem transformativem Handeln, internationaler Solidarität und der Bekämpfung von Rassismus und aller Formen von Diskriminierung. Außerdem enthält sie einen Aktionsaufruf, mit dem die Regierungen hauptsächlich an sich selbst appellieren, mehr für die Umsetzung der Agenda 2030 zu tun. Viele Aussagen bleiben aber vage, wurden im Laufe der Verhandlungen verwässert und haben für die Regierungen keine unmittelbaren Konsequenzen. Zum geforderten SDG-Konjunkturprogramm heißt es beispielsweise nur noch: „We welcome the Secretary General's efforts to address the SDG financing gap through an SDG stimulus“ (Pkt. 38, t, iv). In allgemeinen Worten sagen die Regierungen zu, die Vorschläge „in a timely manner“ voranzutreiben. Der Vorschlag, Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (IWF) den Ländern, die sie am dringendsten benötigen, zur Verfügung zu stellen, wurde zwar aufgenommen, auf Druck der USA aber nur auf freiwilliger Basis („We call for an urgent *voluntary* re-channeling of Special Drawing Rights (...)“ (Pkt. 38, t, vii). Bemerkenswert ist immerhin die Verpflichtung zu inklusiven zwischenstaatlichen Diskussionen über die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, unter anderem in den Vereinten Nationen. Hier kann sich bis zum UN-Zukunftsgipfel möglicherweise eine neue politische Dynamik entwickeln.

5 UN Secretary-General (2023), Pkt. 8.

6 UN General Assembly (2023): Political Declaration to be adopted at the High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF), under the auspices of the General Assembly in September 2023. New York (UN Dok. A/HLPF/2023/L.1) (<https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-09/A%20HLPF%202023%20L1.pdf>).

Und Deutschland?

Auch Deutschland ist bei der SDG-Umsetzung nicht im Plan. Von den 75 Schlüsselindikatoren und Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist der Trend bei 30 Indikatoren positiv, bei 29 Indikatoren ist das Tempo des Fortschritts zu niedrig, um die Ziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen, und bei sieben Indikatoren geht die Entwicklung in die falsche Richtung.⁷ Und selbst diese Bewertung ist zu positiv, weil sie die negativen externen Effekte deutschen Konsumierens und Produzierens im Ausland zu wenig berücksichtigt. Gemessen an den CO₂-Emissionen, am Flächenverbrauch und dem Wasserverbrauch von Importgütern lebt die deutsche Bevölkerung weiterhin auf zu großem Fuß. Gerade die *Spillover*-Effekte müssen bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Herbst 2023 beginnt, daher stärker berücksichtigt werden.

Ein Lichtblick sind immerhin die Veränderungsprozesse, die die Agenda 2030 und ihre Ziele auf lokaler Ebene in Gang gesetzt haben. Mehr als 230 Städte, Kreise und Gemeinden haben bisher eine Musterresolution zur Unterstützung der Agenda 2030 unterzeichnet. Das Spektrum reicht von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden und von Aachen im Westen bis Greifswald im Osten.

Dutzende von Städten haben beschlossen, auf Basis der Agenda 2030 integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Unter ihnen sind Großstädte wie Dortmund, Essen und Bonn, aber auch kleiner Städte wie Arnsberg, Bad Berleburg und Bedburg. Eine wachsende Zahl von Städten und Regionen berichtet über ihre Bemühungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen sogenannter Voluntary Local Reviews (VLRs) direkt an die Vereinten Nationen. Aus Deutschland war das in diesem Jahr unter anderem Hamburg.

Die vielfältigen kommunalen Initiativen sind kein Ersatz für die notwendigen politischen Maßnahmen und Reformen auf nationaler und globaler Ebene. Sie zeigen aber immerhin, dass die Agenda 2030 und ihre Ziele weiterhin eine gewisse Mobilisierungswirkung „an der Basis“ haben. Das ist allerdings auch bitter nötig, denn ohne das Engagement von Zivilgesellschaft und Kommunen wird es bei der Verwirklichung der SDGs keine Fortschritte geben.

7 Bundesregierung (2021): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021. Berlin (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998194/1875176/3d3b15cd92d0261e7a0bcd8f43b7839/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-2021-langfassung-download-bpa-data.pdf>). Bei neun Indikatoren ist nach den Worten der Bundesregierung statistisch derzeit keine richtungssichere Einschätzung des Indikators möglich.

2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Überblick

Wir haben auch 2023 den Financing for Development (FfD) Prozess der Vereinten Nationen aktiv begleitet. Gemeinsam mit Partnern haben wir uns für eine Aufwertung dieses Prozesses eingesetzt, indem wir für die Einberufung der Vierten Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (FfD4) geworben haben. Die Bemühungen waren erfolgreich, denn im Herbst des Jahres erteilte die UN-Generalversammlung endlich das Mandat für FfD4. Gastgeberland im Sommer 2025 wird Spanien sein. Daneben begleiteten wir – mit Arbeit in Deutschland und vor Ort bei den Vereinten Nationen – intensiv den SDG-Gipfel und den hochrangigen Dialog zur Entwicklungsfinanzierung im Kontext der UN-Generalversammlung.

Wegen der zunehmenden Verzahnung von Klima- und Entwicklungsfinanzierung haben wir uns verstärkt diesem Thema gewidmet. Highlights dabei waren ein Vortrag bei der Bonner Klimakonferenz der UN-Klimarahmenkonvention im Juni und die Teilnahme am Pariser Gipfel für einen neuen globalen Finanzpakt („Macron-Gipfel“) im selben Monat, bei dem wir unsere Analysen auch prominent über 3Sat im Fernsehen präsentieren konnten. Im Herbst haben wir ein Briefing Paper zu innovativen Instrumenten der Klimafinanzierung veröffentlicht.

Ein Einstieg in unsere Arbeit zur Reform der internationalen Finanzarchitektur (IFA) stellte unser Briefing Paper „Weltbank-Reform. Zu wessen Nutzen?“ dar. Das Papier wurde rechtzeitig zur Weltbank-Jahrestagung in Marrakesch fertiggestellt und auf Deutsch sowie Englisch veröffentlicht. Wir haben es in Marrakesch breit gestreut. Vor Ort haben wir uns außerdem auch mit anderen FfD-Themen befasst, wie zum Beispiel durch Ko-Organisation von und Vortrag bei einem Side-Event zur Lösung von Schuldenkrisen.

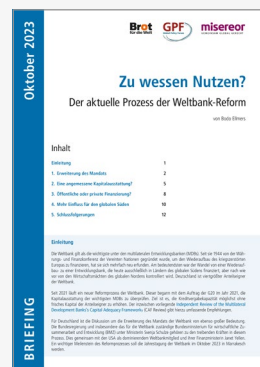
Die Arbeit zu IFA-Reform wollen wir 2024 deutlich verstärken. Basis dafür ist auch das Übersichtsbriefing zu „Reform der internationalen Finanzarchitektur. Vorschläge, Konflikte und Perspektiven auf dem Weg zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen 2024 und der Financing for Development-Konferenz 2025“, das im Dezember veröffentlicht wurde.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2023 in verschiedenen Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinne befasst. Unsere langjährige Kooperation mit Brot für die Welt und Misereor haben wir fortgeführt. Das Projekt, das die Förderung der Umsetzung der Financing for Development-Agenda der UN zum Ziel hat, wird beständig weiterentwickelt, um auf die sich dynamisch entwickelnden Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung reagieren zu können. Unsere Briefing Papers gelten als bedeutende Informationsquellen zum Themenkomplex, in Deutschland und international. Die neue Phase hat im Januar 2023 begonnen, läuft bis Ende 2025 und wird somit auch den gesamten Vorbereitungsprozess der Vierten Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Spanien 2025 und die Konferenz selbst abdecken.

Unser zweites Projekt im Arbeitsbereich, das von der GIZ im Auftrag des BMZ finanziert wird und die vielseitige Beratung von Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Ziel hat, steigert unsere Kapazität zur Abdeckung des Themenbereichs und des FfD-Prozesses deutlich. Es erlaubt uns auch, FfD-Themen durch den Einsatz verschiedener Medien besser zu kommunizieren und zusätzliche Prozesse mit Relevanz für FfD-Themen im Global Economic Governance System zu verfolgen, zum Beispiel bei IWF und Weltbank.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Bodo Ellmers** betreut.



Die Reform der internationalen Finanzarchitektur – Neue Vorschläge des UN-Generalsekretärs

von Bodo Ellmers

Eine fundamentale Reform der internationalen Finanzarchitektur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen wirksamer Entwicklungsfinanzierung und zentral für den Kampf gegen den Klimawandel. Sie gilt als eine der größten Herausforderungen des Multilateralismus.

Fast 80 Jahre nachdem das Bretton-Woods-System aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen ist, hat sich der UN-Generalsekretär dem Thema angenommen und in einem **Policy Brief** eine breite Palette von Reformvorschlägen gemacht. Dabei geht es um die Modernisierung existierender Institutionen, wie der Weltbank und dem Internationaler Währungsfonds, aber auch um die

Schaffung völlig neuer Institutionen für das Management von Schuldenkrisen oder die Verhandlung internationaler Steuerabkommen.

Das Policy Brief des UN-Generalsekretärs ist Teil des breiteren UN-Reformprozesses „Our Common Agenda“, in dem die Reform der internationalen Finanzarchitektur als eine der wichtigen Zukunftsaufgaben definiert wurde, der sich die UN annehmen müssen. Sie ist als ein Input zu verstehen, sowohl in die Vorbereitungen für den **Summit of the Future** sowie auch die **Vierte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4)**, die für 2024 respektive 2025 angesetzt sind. Das Dokument hat von der Expertise zahlreicher Institutionen des UN-Systems profitiert.

Das vorgeschlagene Reformpaket spiegelt einerseits den aktuellen Stand der Debatte im fachlichen Diskurs wider, enthält aber auch einige Innovationsvorschläge, die entweder komplett neu sind oder bislang keine große Beachtung gefunden haben. Das Ambitionsniveau hebt sich wohltuend ab von den eher moderaten und inkrementellen Vorschlägen, die aus den Reihen der G20 oder von internationalen Finanzinstitutionen selbst stammen, wie der derzeit diskutierten „**Evolution Roadmap**“ der Weltbank. Das Paket ist auch breiter angelegt als die sogenannte **Bridgetown Initiative** zur Reform der internationalen Finanzarchitektur, die derzeit im Vorlauf des Pariser **Summit for a Global Financial Pact** viel Beachtung erhält.

Der Generalsekretär kritisiert, dass die derzeitige Finanzarchitektur hoffnungslos veraltet ist, den derzeitigen Notwendigkeiten nicht entspricht, und durch unfaire Behandlung der verschiedenen Staatengruppen Ungleichheit fördert und Unterentwicklung zementiert, statt zu ihrer Überwindung beizutragen. Nur ein Beispiel ist die **Allokation von Sonderziehungsrechten** (SZR) durch den IWF während der Coronakrise. Hierbei ging gut die Hälfte der Allokation an die reichen Länder des globalen Nordens, die überhaupt keine zusätzliche Liquidität gebraucht hätten, während nur ein symbolischer Betrag an die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) mit dringendem Bedarf floss.

Das Papier enthält alles in allem gut 50 Politikempfehlungen, die sich in sechs große Bereiche gruppieren lassen. Dies sind:

1. Global Economic Governance
2. Schuldenerlass und die Finanzierungskosten von Staatschulden
3. Internationale öffentliche Finanzen
4. Das globale finanzielle Sicherungsnetz
5. Regulierung privater Kapitalmärkte
6. Die internationale Steuerarchitektur

Zu den besonders interessanten und innovativeren Empfehlungen zählt zum Beispiel der Vorschlag zur

Governance-Reform des IWF und der Weltbank. Hier wird empfohlen, das vielfach kritisierte one-dollar-one-vote System, in dem die Verteilung der Stimmrechte primär durch die Quote und damit durch die Wirtschaftskraft der Länder bestimmt ist, durch den Faktor Bevölkerung zu ergänzen. Damit würden vor allem asiatische Länder an Stimmrechten gewinnen. Das Papier lässt offen, ob diese Regelung zu einer Abschaffung des de facto US-Vetos über Entscheidungen der internationalen Finanzinstitutionen führen würde. Auch solle bei Abstimmungen verstärkt das Prinzip der doppelten Majoritäten gelten. Das bedeutet, dass neben der Mehrheit der Stimmrechte und eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten zustimmen müssen. Die Vorstände sollen mit zusätzlichen Exekutivdirektor*innen ergänzt werden, um damit Ländern des globalen Südens mehr direkte Mitsprache einzuräumen.

Breiten Raum nehmen auch neue Institutionen für die Lösung von Schuldenkrisen ein. Dies stellt vielleicht die derzeit eklatanteste Lücke der internationalen Finanzarchitektur dar, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass viele Länder in der Schuldenfalle sitzen, aus der sie mithilfe existierender Institutionen nicht herausfinden können. Der Generalsekretär unterstützt die Einrichtung einer neuen Global Debt Authority, die in inklusiver Weise, unabhängig von Gläubigern oder Schuldern operieren und den lange geforderten internationalen Rechtsrahmen für Staateninsolvenzen entwickeln soll.

Auch ein neuer Schuldenbereinigungsmechanismus – besser gesagt ein Treuhandfonds – soll errichtet werden und könnte bei einer Multilateralen Entwicklungsbank angesiedelt werden. Schulden von Krisenländern könnten an ihn verkauft werden, der Mechanismus würde auch die Finanzierung der Umschuldung unternehmen, mit Unterstützung bilateraler Geber. Dieser Vorschlag kommt aus dem akademischen Bereich, und ist nicht unumstritten. Bislang galt der IWF als Favorit für die Übernahme neuer Funktionen im Schuldenkrisenmanagement, während NGOs eine klare Präferenz für die UN hatten. Auch ist fraglich, ob man gerade renitenten privaten Gläubigern mit derartigen Anreizen entgegenkommen, oder besser einen verbindlichen Rechtsrahmen zu ihrer Einbindung schaffen sollte.

Im Bereich Steuern versucht das Papier den Spagat zu schaffen, einerseits das bereits verabschiedete „Two-Pillar-Abkommen“ der OECD weiterzuentwickeln und andererseits Governance-Lücken zu füllen. Im ersteren Bereich fordert der UN-Generalsekretär eine Erhöhung des Mindeststeuersatzes für transnationale Konzerne, da der derzeit niedrige Satz von 15% den schädlichen Steuerwettbewerb noch anfeuern würde. Auch solle verstärkt an der Quelle der Umsätze besteuert werden und nicht am Unternehmenssitz, wodurch zusätzliche Einnahmen im globalen Süden zu erwarten sind. Das Papier fordert zugleich aber auch inklusivere globale Institutionen zur Verhandlung internationaler Steuerabkommen, dies im Gleichklang mit der UN-Generalversammlung. Auch die Einführung internationaler Steuern, zum Beispiel auf Finanztransaktionen oder die Schiff- und Luftfahrt, soll Teil des Reformprogramms sein.

Eine ganze Reihe von Vorschlägen beschäftigt sich damit, wie Kapital für Investitionen im globalen Süden einerseits billiger werden, und andererseits besser auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet werden kann. Oder auch damit, wie die Volatilität internationaler Kapitalflüsse reduziert und die Finanzmärkte besser reguliert werden können, um Finanzkrisen und ihre verheerenden Folgen zu vermeiden.

Was das Papier allerdings nicht leistet, ist die Reformen in irgendeiner Weise zu priorisieren oder zu operationalisieren. Lediglich im Kapitel zur IWF-Reform wird darauf hingewiesen, dass der laufende Überprüfungsprozess der IWF-Quoten eine Chance zur Reform bietet. Der nächste Schritt wäre damit die Übersetzungsleistung, wichtige Reformvorschläge in effektive Politikprozesse einzubetten. Die anlaufenden Vorbereitungsprozesse für den Summit of the Future und die FfD-4-Konferenz bieten die beste Gelegenheit dafür.

3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Überblick

GPF arbeitete auch im Jahr 2023 zum Themenbereich Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies erfolgte insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und Misereor sowie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Fokus unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf europäischer und UN-Ebene. Insbesondere mit dem Briefing „Methode Copy & Paste“, das sich mit der Wirtschaftslobby auf das

EU-Lieferkettengesetz befasste, konnten wir medial große Aufmerksamkeit erzielen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit in dem Bereich war im Jahr 2023 die Begleitung des Prozesses über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („UN-Treaty“) in Genf, mit einer besonders kritischen Beobachtung der Rolle der weiterhin nicht mitverhandelnden EU und Bundesregierung. Wir wirkten an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2023 in zwei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale, europäische und internationale Politikprozesse und mit deren Regulierung befasst.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) veranstaltete GPF gemeinsam mit mehreren internationalen Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften ein Side Event zur Rolle der EU bei den Verhandlungen über den UN-Treaty. In einer Reihe von Briefings und einem Informationsgespräch analysierte GPF die Ergebnisse der 9. Verhandlungsrunde, welche Rolle ein UN-Treaty für Geschlechtergerechtigkeit im globalen Wirtschaftssystem spielt und wie ein EU-Verhandlungsmandat für den UN-Treaty-Prozess aussehen könnte.

Um den Prozess hin zu einem UN-Treaty zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland erarbeiteten wir eine Stellungnahme und veranstalteten ein juristisches Fachgespräch zum aktualisierten Abkommensentwurf.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und Misereor beobachtete GPF die Einflussnahme von privaten Akteuren auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ein Ergebnis der Kooperation war das Kurzpapier „Methode Copy & Paste“, das



sich mit der Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf das EU-Lieferkettengesetz befasste und gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz veröffentlicht wurde. Im Rahmen des Kooperationsprojektes setzten wir uns erneut mit der Rolle privater Stiftungen in der internationalen Gesundheitspolitik auseinander. Am Rande der Weltgesundheitsversammlung organisierten wir gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen des Geneva Global Health Hub (G2H2) eine Online-Veranstaltung zur Rolle privater Stiftungen bei den Verhandlungen über ein internationales Pandemieabkommen. Zudem veröffentlichte GPF ein Arbeitspapier, das die Förderungen der drei einflussreichsten privaten Stiftungen im globalen Gesundheitsbereich analysiert. Schließlich befassten wir uns in einem Briefing mit den Veränderungen der globalen Gesundheitsarchitektur in Folge der Corona-Pandemie und machten Vorschläge zu ihrer Verbesserung.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Karolin Seitz** betreut.



Ringens um globales Pandemieabkommen

von Jens Martens⁸

Die Zeit wird knapp in den Verhandlungen über ein globales Pandemieabkommen. Die 194 Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatten sich zum Ziel gesetzt, sich bis Mai 2024 auf ein solches Abkommen zu einigen. Mit ihm wollten sie Lehren aus COVID-19 ziehen und für die Prävention, Vorsorge und Bekämpfung zukünftiger Pandemien besser gewappnet sein.

Das Vorhaben war äußerst ambitioniert und die Positionen der Regierungen in zentralen Fragen bis zuletzt weit auseinander. Das betrifft u.a. die vorgesehenen Transparenz- und Berichtspflichten, den gerechten Zugang zu medizinischen Gütern, die geistigen Eigentumsrechte, den gerechten Vorteilsausgleich für das Teilen genetischer Ressourcen von Krankheitserregern (*Pathogen Access and Benefit-Sharing, PABS*) und die Schaffung eines nachhaltigen Finanzierungsmechanismus.

Der Pharmalobby, bei den Verhandlungen vertreten durch die International Federation of Pharmaceutical Manufacturers and Associations (IFPMA), lehnte die Forderungen der Länder des Globalen

Südens nach gerechtem Zugang und Vorteilsausgleich ab. Sie drängte vor allem auf den strikten Schutz von geistigem Eigentum und Patenten und warnte vor bürokratischen Hürden durch das geplante PABS-Modell. Zu allem Überfluss schossen auch noch Impfgegner und Verschwörungsgläubige mit Falschmeldungen gegen das geplante Abkommen.

In dieser Gemengelage war es fast unmöglich, innerhalb weniger Wochen zu einer substantiellen Einigung zu gelangen. Bis zur Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 gelang sie nicht. Nun muss im Anschluss nachverhandelt werden.

Ausgangspunkt: Reaktion auf COVID-19

Die Initiative für ein globales Pandemieabkommen ging von der EU aus. Im November 2020 **forder-te** der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, Lehren aus der Coronakrise zu ziehen, um auf künftige Pandemien rascher und besser koordiniert reagieren zu können. Der Vorschlag entbehrt nicht einer gewissen Ironie, denn es war gerade die EU, die in der Hochphase der Pandemie

⁸ Bei diesem Text handelt es sich um die leicht aktualisierte Version eines Blogbeitrags für medico international (<https://www.medico.de/blog/ringen-um-eine-gerechte-gesundheitsarchitektur-19438>).

Impfstoffe gehortet, Preise in die Höhe getrieben und damit die Koordinationsfunktion der WHO und des von ihr anvisierten „fairen Allokationsrahmens“ untergraben hat. Dass die EU lange Zeit im Interesse ihrer Pharmaindustrie erbitterten Widerstand geleistet hat gegen den **TRIPS Waiver** zur vorübergehenden Aussetzung des Patentschutzes für COVID-19-relevante Impfstoffe, Medikamente und medizinische Güter macht ihre Intention nicht glaubwürdiger.

Auch deswegen haben zivilgesellschaftliche Organisationen die Initiative für ein globales Pandemieabkommen mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits sehen viele Gruppen und Organisationen, die zum Beispiel im **Geneva Global Health Hub (G2H2)** und dem **People's Health Movement (PHM)** zusammenarbeiten, massiven Handlungsbedarf, da die Antworten der Regierungen auf die COVID-19-Pandemie einmal mehr die Governance- und Finanzierungsdefizite und die strukturellen Ungerechtigkeiten in der globalen Gesundheitsarchitektur sichtbar gemacht haben. Andererseits sind manche skeptisch, ob ein neues Abkommen in der gegenwärtigen geopolitischen Lage die richtige Antwort sein kann oder eher die Gefahr besteht, dass damit ungerechte Strukturen und neoliberale Konzepte festgeschrieben werden (so etwa **Nicoletta Dentico, SID**, in einem Briefing des Spotlight Reports 2021 und **Natalie Rhodes** in einem PHM Policy Brief).

Verhandlungen in Rekordgeschwindigkeit

Der Startschuss für die Verhandlungen fiel im Dezember 2021 bei einer Sondersitzung der Weltgesundheitsversammlung. Dort wurde ein zwischenstaatliches Verhandlungsgremium (**Intergovernmental Negotiating Body, INB**) eingesetzt, das in Rekordgeschwindigkeit von weniger als drei Jahren das Pandemieabkommen aushandeln sollte. Zum Vergleich: Über einen geplanten Treaty, der die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen regeln soll, wird im UN-Menschenrechtsrat seit fast zehn Jahren verhandelt – und ein Ende ist noch nicht absehbar. Dabei hat die WHO in der Aushandlung völkerrechtlich bindender Abkommen bislang wenig Erfahrung. Während etwa die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bisher fast 200 Konventionen verabschiedet hat, war es in

der WHO abgesehen von den **Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV)** bisher nur eine: Das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (**Framework Convention on Tobacco Control, FCTC**). Es trat 2005 in Kraft und bildete nun den Präzedenzfall für die Verhandlungen zum Pandemieabkommen.

Gerechtigkeit (Equity) als Leitmotiv

Grundsätzlich soll das geplante Pandemieabkommen drei Themenbereiche umfassen: Prävention, Vorsorge und Reaktion.

Bei der **Prävention** geht es unter anderem um den Ausbau von Überwachungssystemen, um potenzielle Pandemien frühzeitig zu erkennen und rasche, koordinierte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Die verbesserte **Pandemievorsorge** erfordert u.a. eine Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme und die Beschäftigung von ausreichend ausgebildetem und entlohntem Gesundheits- und Pflegepersonal.

Aus gesundheitspolitischer Sicht unzureichend geregelt sind bislang auch die **Reaktionen** auf den Ausbruch einer Pandemie. Notwendig wäre eine effektivere internationale Zusammenarbeit bei der Pandemiebekämpfung. Dies schließt den gerechten Zugang zu medizinischen Gütern, einschließlich Impfstoffen, ebenso ein wie die Schaffung eines globalen Lieferketten- und Logistiknetzwerks sowie nachhaltiger Finanzierungsmechanismen.

Das Leitmotiv, das sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen zieht, ist der Begriff der **Gerechtigkeit (Equity)**. Die Länder des Globalen Südens verbinden damit den gerechten Vorteilsausgleich, den ungehinderten Zugang zu medizinischen Gütern, effektive Regeln für den Technologietransfer und einen verbindlichen globalen Finanzierungsmechanismus. Diese Forderungen werden besonders vehement von der **Group for Equity** vertreten, in der sich speziell für die Pandemieabkommen 29 Länder zusammengeschlossen haben, darunter Brasilien, China, Indonesien, der Iran und Südafrika.

Hauptkonflikte in den Verhandlungen

Besonders gravierende Kontroversen zwischen den Verhandlungsblöcken gab es vor allem bei folgenden vier Themen:

Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“: Die Länder des Globalen Südens machten sich dafür stark, das Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ (*Common But Differentiated Responsibilities, CBDR*) zur Grundlage des Pandemieabkommens zu machen. Das **CBDR-Prinzip** gilt als einer der Meilensteine des Erdgipfels und seiner **Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung** von 1992. Nun sollte es auch bei der Prävention und Bekämpfung von Pandemien gelten. Das betrifft zum Beispiel den Zugang zu Technologien und Know-how sowie die Verpflichtung zur ausreichenden Finanzierung der im Pandemieabkommen vereinbarten Maßnahmen. Die USA und die EU lehnten das ab.

Gerechter Vorteilsausgleich: Dreh- und Angelpunkt bei den Verhandlungen ist der gerechte Vorteilsausgleich für das Teilen genetischer Ressourcen von Krankheitserregern (*Pathogen Access and Benefit-Sharing, PABS*). Die Länder des Globalen Nordens forderten ungehinderten Zugang zu Informationen über Erregerproben und genomische Sequenzdaten. Die Länder des Globalen Südens wollten diese Informationen jedoch nicht ohne Gegenleistung aus der Hand geben. Sie befürchteten zu recht, dass sie ansonsten zwar die wissenschaftlichen Informationen zur Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten weitergeben, im Gegenzug aber keinen Zugang zu diesen lebensrettenden Ressourcen erhielten. Aus diesem Grund war im Abkommensentwurf ein ausgefeiltes System des Vorteilsausgleichs (WHO PABS System) vorgesehen. Das PABS-System soll einerseits den weltweiten Austausch von Proben und Daten sicherstellen und andererseits den gerechten Zugang zu pandemiebezogenen Produkten (wie z.B. Impfstoffen) gewährleisten. Den Ländern des Globalen Südens gingen die Vorschläge nicht weit genug, die Pharmalobby lief dagegen Sturm.

Patentschutz: Die Länder des Globalen Südens machten sich dafür stark, im Falle einer Pandemie

den Patentschutz für relevante Impfstoffe, Medikamente, Diagnostika und medizinische Geräte vorübergehend aufzuheben. Dies soll, wie schon bei der COVID-19-Pandemie gefordert, durch eine Ausnahmegenehmigung (*Waiver*) im Rahmen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Die entsprechenden Passagen im Abkommensentwurf wurden im Laufe der Verhandlungen aber immer weiter verwässert. Zuletzt war nur noch die Rede davon, dass die Vertragsparteien die Inhaber einschlägiger Patente im Zusammenhang mit der Herstellung pandemiebezogener Produkte „ermutigen“ sollten, gegenüber den Herstellern in den Entwicklungsländern auf Lizenzgebühren zu verzichten oder diese anderweitig zu erheben. Hier war der Einfluss der Pharmalobby unübersehbar.

Finanzierung: Der Entwurf des Pandemieabkommens sieht einen „koordinierenden Finanzierungsmechanismus“ vor, um die Bereitstellung von „angemessenen, zugänglichen, neuen, zusätzlichen und vorhersehbaren Finanzmitteln“ zu gewährleisten. Umstritten ist unter anderem, ob der neue Mechanismus bei der WHO oder der Weltbank eingerichtet wird. Die EU und die USA favorisieren die Verknüpfung mit bestehenden Finanzinstrumenten wie dem bei der Weltbank angesiedelten Pandemiefonds (**Pandemic Fund**). Dieser Fonds ist allerdings umstritten. So stellte G2H2 in einem **Report über finanzielle Gerechtigkeit für Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion** mit Blick auf den Fonds fest:

„Angesichts eines veralteten, von kolonialer Wohltätigkeit abhängigen Finanzierungsmodells, des wahrscheinlichen Wettbewerbs mit anderen globalen Gesundheitsfonds und der sehr geringen Erwartungen an die Hebelwirkung auf medizinische Innovationen kann dies nicht die Lösung der Welt für die Finanzierung von Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion sein.“ (eigene Übersetzung)

Problematisch ist zudem, dass der neue Finanzierungsmechanismus lediglich gespeist werden soll aus Mitteln des PABS-Systems sowie freiwilligen Beiträgen von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren.

Heiße Verhandlungsphase unter erschwerten Bedingungen

Die Verhandlungen über das Pandemieabkommen sollten bis zur **77. Weltgesundheitsversammlung** im Mai 2024 abgeschlossen sein. Erschwert wurden die Verhandlungen durch die zugespitzte geopolitische Lage infolge des Israel-Palästina-Konflikts. Er überschattete alle Diskussionen auf UN-Ebene. Gleichzeitig machten rechtsextreme Kräfte und Verschwörungsgläubige über Kanäle wie **Fox News** Stimmung gegen das geplante Abkommen, indem sie die Falschmeldung verbreiten, die WHO würde damit die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten untergraben. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus sprach von einer globalen Desinformationskampagne gegen das Pandemieabkommen und **rief dazu auf**, nicht zuzulassen, „dass dieser Meilenstein der globalen Gesundheit von denen sabotiert wird, die bewusst oder unbewusst Lügen verbreiten.“

Angesichts der zahlreichen offenen Baustellen wird eine Einigung auf ein Pandemieabkommen, das seinem ambitionierten Anspruch gerecht wird, nur möglich sein, wenn alle Regierungen zu Kompromissen bereit sind. Für Deutschland und die EU gilt das insbesondere für die Bereitschaft, im Pandemiefall das Recht auf Gesundheit über geistige Eigentumsrechte zu stellen, ein System des gerechten Vorteilsausgleichs zu akzeptieren und die ausreichende und verlässliche Finanzierung von Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion zu gewährleisten. IFPMA-Generaldirektor Thomas Cueni **unkte bereits**, es wäre besser, keinen Pandemievertrag zu haben als einen schlechten Pandemievertrag. Angesichts der Gefahr neuer Krankheitserreger, des wachsenden Problems der antimikrobiellen Resistenzen und der fortbestehenden Gerechtigkeitslücke in der globalen Gesundheitsarchitektur wäre dies allerdings die schlechteste aller Optionen.

III. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Überblick

Nach den Pandemie Jahren, in denen die Kommunikationsarbeit weitestgehend auf den virtuellen Raum und digitale Formate beschränkt war, konnten 2023 wieder alle Formate und Kanäle im programmübergreifenden Arbeitsschwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation bedient werden.

So wurden von für die Hauptthemenbereiche relevanten Konferenzen, Panels und anderen Veranstaltungen berichtet bzw. diese (mit)organisiert und deren Ergebnisse öffentlichkeitswirksam aufbereitet. Social Media sowie die Kommunikation von Inhalten über Blogs, Newsletter sowie Online-Publikationen und -Veranstaltungen spielten weiterhin eine sehr wichtige Rolle. Unterstützt wurde insbesondere die Umsetzung von neuen Publikationen zu den verschiedenen Kernthemen. Diese wurden durch Disseminierungsstrategien und Social-Media-Outreach-Strategien, die auch in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen umgesetzt wurden, begleitet.

Essentiell für jegliche Kommunikationsaktivitäten war eine enge Abstimmung mit den Verantwortlichen der Programmbereiche sowie mit Netzwerkpartner*innen. Die GPF-Website sowie die damit verbundenen Domains nahmen weiterhin eine zentrale Rolle ein und wurden regelmäßig mit neuen Inhalten (englisch und deutsch) bespielt und diese besucher*innenfreundlich zugänglich und verbreitbar gemacht. Besonderes Augenmerk wurde hierbei weiterhin auf Search-Engine-Optimization (SEO) gelegt, um ein besseres Suchmaschinen-ranking/-indexierung der Seiten und Inhalte zu erreichen.

Da der bisherige Webhost kurzfristig seine Dienste eingestellt hatte, mussten zusätzlich alle Domains, Mailadressen und Mailinglisten zu einem neuen Provider migriert werden. So konnte sichergestellt werden, dass sämtliche Anwendungen von GPF weiterhin verfügbar und nutzbar blieben und die Öffentlichkeitsarbeit sowie Projektarbeit weitestgehend nahtlos weitergeführt werden konnte.

Außerdem wurde 2023 beschlossen, die Websites künftig noch barrierefreier zugänglich zu machen, wofür Fördermittel der Aktion Mensch akquiriert werden konnten. Für die Umsetzung war Anfang 2024 vorgesehen.

Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 2023

Auch 2023 orientierten sich die Aktivitäten der Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit sowohl inhaltlich als auch zeitlich eng an den Themenschwerpunkten und dem Eventkalender der einzelnen Programmbereiche von GPF.

Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Die Themen Finanzierung nachhaltiger Entwicklung, Steuergerechtigkeit und Reform der Internationalen Finanzarchitektur sowie zunehmend auch Klimafinanzierung dominierten die Kommunikationsarbeit für diesen Programmbereich. Neben der Betreuung/Veröffentlichung verschiedener Briefings, der Begleitung von Veranstaltungen sowie der entsprechenden Bewerbung über alle verfügbaren Kanäle und in enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen wurden zunehmend auch Blogbeiträge verfasst, die weltweit große Reichweiten erzielten. Exemplarisch zu erwähnen ist hier die Blogreihe „On the road to FfD4“, die auf dem Weg zur „Fourth International Conference on Financing for Development“ besonders relevante Initiativen, Veranstaltungen und Entwicklungen aufgriff und diskutierte.

Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Auch im Kontext Wirtschaft und Menschenrechte und v.a. bedingt durch die Dynamik im Hinblick auf das deutsche Lieferkettengesetz und die entsprechende EU-Richtlinie, konnte GPF u.a. die Initiative Lieferkettengesetz und entsprechende Kampagnen, zusammen mit einer Vielzahl an Partnerorganisationen, unterstützen. Hierfür wurden gemeinsame Pressemitteilungen und offene Briefe veröffentlicht sowie Blogbeiträge und Briefings verfasst. Alle Aktivitäten wurde auch in diesem Arbeitsbereich über Social Media zielgruppenspezifisch kommuniziert. Hinsichtlich des Prozesses hin zu einem UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechten wurde die Weiterentwicklung und inhaltliche Bespielung der Unterseite www.globalpolicy.org/de/un-treaty durch GPF federführend fortgesetzt.

Multilateralismus und Nachhaltigkeitsagenda

Mit Blick auf die Themen Multilateralismus und Nachhaltigkeitsagenda standen 2023 insbesondere zwei größere Berichte im Fokus.

Zum einen wurde der von GPF in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Partnern verfasste Bericht „Spotlight on Global Multilaterlism“ international gelauncht und durch eine Kommunikationskampagne publik gemacht. Eigens für den Bericht wurde seitens der ÖA von GPF eine Unterseite auf der GPF-Website erstellt, auf der der Bericht aber auch die einzelnen Unterthemen und Kapitel benutzer*innenfreundlich aufbereitet zugänglich gemacht wurden.

Mit dem zweiten Bericht „Halbzeitbilanz der Agenda 2030“ zog GPF Bilanz vor dem Hintergrund der Halbzeit von Agenda 2030 und SDGs. Auch hier-

für wurde eine eigene Unterseite erstellt, nun auf der 2030agenda.de-Website. Neben mehreren Launching-Events, einer intensiven Bewerbung über Social Media und der Nutzung anderer digitaler Kommunikationskanäle wurde auch eine Druckfassung des Reports produziert und verteilt.

Globale Gesundheit

Schließlich konnte sich GPF 2023 noch mehr im Hinblick auf das Thema Globale Gesundheit und insbesondere das angestrebte globale Pandemieabkommen positionieren und seine Kommunikationsarbeit dazu ausbauen. U.a. wurden mit Partnerorganisationen verfasste Briefings anlassbezogen kommuniziert, gemeinsame Pressearbeit umgesetzt und von entsprechenden Verhandlungen und Veranstaltungen, wie etwa dem World Health Summit, berichtet.

Websites und Tools

Für die Bewerbung sämtlicher durch GPF (mit-)organisierter Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Kommunikationsaktivitäten waren insbesondere die GPF-Website sowie 2030agenda.de unabdingbar. Für letztere wurden darüber hinaus regelmäßig deutschsprachige Blurbs verfasst und zusätzlich via Social Media verbreitet. Die Social Media-Arbeit wurde insgesamt intensiviert und ausgebaut. Konkrete Kanäle waren X, Facebook und LinkedIn sowie zunehmend auch Instagram und BlueSky, für die mit Hilfe des Grafikprogramms Canva eine Vielzahl von Sharepics und Captions erstellt wurden.

Der GPF-Newsletter mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Aktivitäten und Veröffentlichungen wurde regelmäßig an fast 6.000 Abonnent*innen weltweit versendet. Das Format des Newsletters wurde z.T. angepasst und die Nutzung des Tools Brevo für dessen Erstellung und Versand ausgebaut. Dieses dient nun auch der Erstellung von Rundmails sowie der Ankündigung von Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Tobias Gerhartsreiter** betreut.

Besucher*innenzahlen der Webpräsenzen (31. Januar bis 31. Dezember 2023)

	Besucher*innen	Seitenansichten
www.globalpolicy.org	392.797	550.033
www.2030agenda.de	32.279	69.148
www.2030spotlight.org	26.261	35.600

IV. Finanzbericht 2023

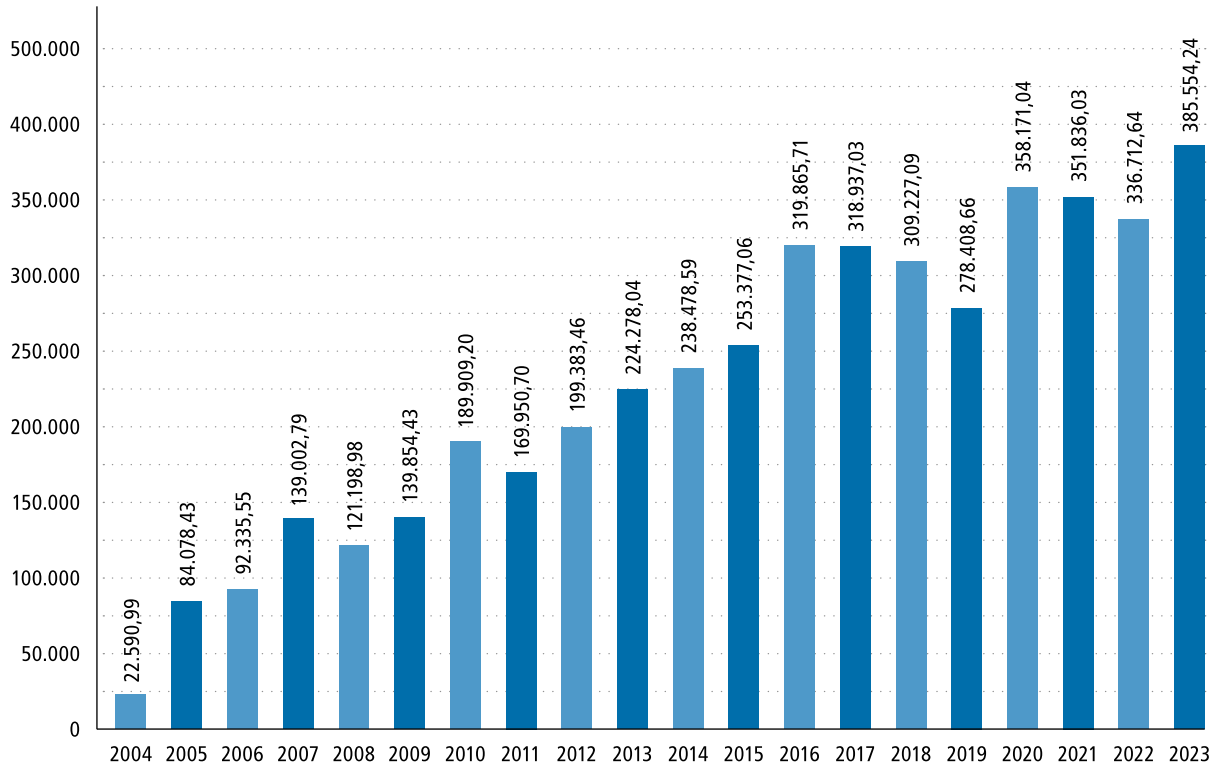
Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe im Jahr 2023 ist gekennzeichnet von einem deutlichen Anstieg im Umsatz von 336.712,64 Euro im Jahr 2022 auf 385.554,24 Euro im Berichtsjahr (s. Grafik), bei Aufwendungen in Höhe von 400.086,99 Euro und einem Zinsertrag von 178,83 Euro. Daraus ergibt sich ein Fehlbetrag von 14.353,92 Euro, der größtenteils auf einmalige Zusatzausgaben für die Webseiten zurückzuführen ist. Durch die Entnahme aus den satzungsmäßigen Rücklagen kann das Jahr dennoch mit einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. Tabelle). Größte Ausgabenposten sind die Personalkosten, die Reise- und Veranstaltungskosten, die Webseiten- und Internetaufwendungen, die Kosten für Veröffentlichungen sowie die Büromiete. Sie fällt 2023 infolge gestiegener Energiekosten höher aus als in den Vorjahren.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren Misereor und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Fortgesetzt wurde 2023 auch die Projektförderung durch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die Arbeit im Bereich der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Weitere wichtige Geldgeber waren die Engagement Global gGmbH, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie unterstützen Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen. Weiterhin erhielt GPF Europe auch 2023 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (Treaty-Prozess).

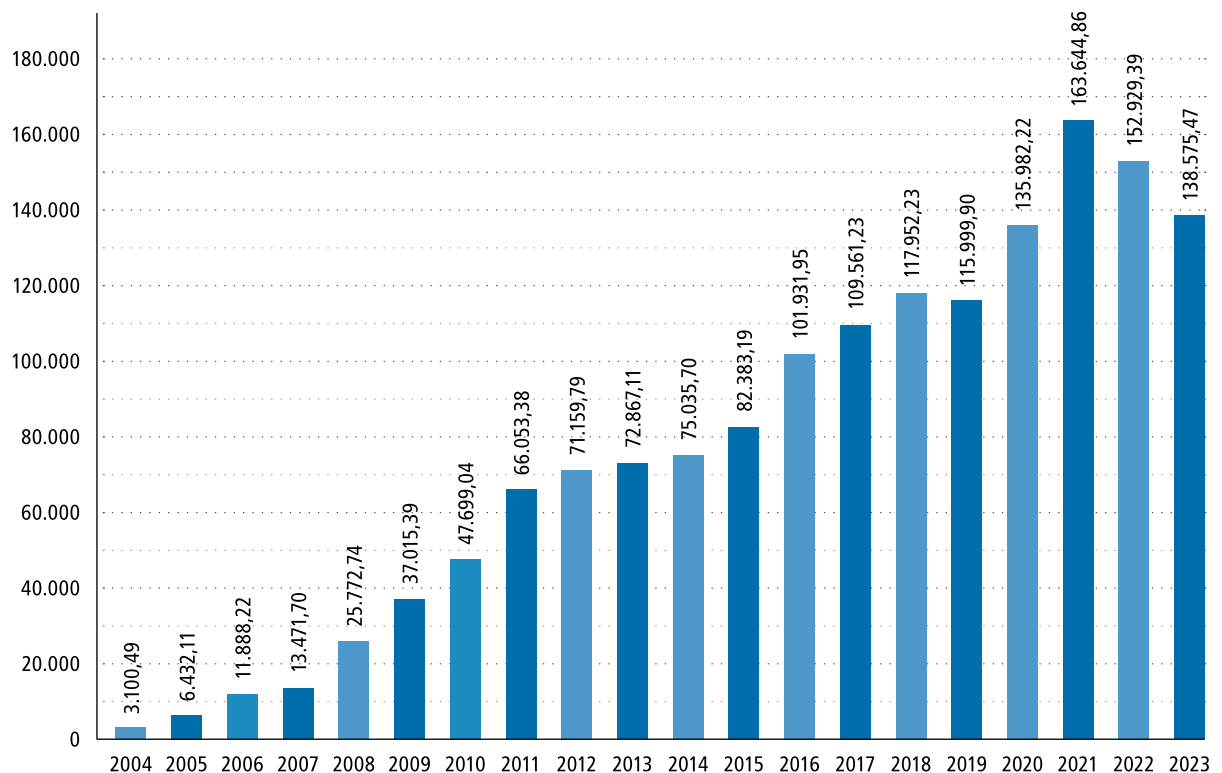
Eine kontinuierliche Herausforderung besteht darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit auf eine stabile Finanzgrundlage zu stellen. Die Erneuerung der Kooperationsvereinbarungen mit Brot für die Welt und Misereor im Berichtsjahr ist deshalb sehr positiv zu bewerten.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, sind satzungsmäßige Rücklagen dringend erforderlich. Mit Hilfe der Rücklagen können bei Bedarf Liquiditätsengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden. Nach der Entnahme zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags beträgt die Rücklage zum 31. Dezember 2023 138.575,47 Euro (s. Grafik).

Umsatz GPF Europe 2004 bis 2023 in Euro



Rücklagen GPF Europe 2004 bis 2023 in Euro



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

alle Beträge in Euro

Bilanz	2023	2022
Aktiva		
A. Anlagevermögen	27,00	127,00
B. Umlaufvermögen	147.905,52	170.008,74
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	
3. Kassenbestand und Bankguthaben	146.905,52	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.331,50	1.325,25
Summe	149.264,02	171.460,99
Passiva		
A. Eigenkapital		152.929,39
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	138.575,47	
B. Rückstellungen	700,00	2.118,89
C. Verbindlichkeiten	9.988,55	16.412,71
1. Erhaltene Anzahlungen	9.222,67	
2. Sonstige Verbindlichkeiten	765,88	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	149.264,02	171.460,99

Gewinn- und Verlustrechnung	2023	2022
1. Umsatzerlöse	385.554,24	336.712,64
a. Engagement Global gGmbH	68.678,50	68.000,00
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	17.000,00	30.000,00
c. Brot für die Welt	58.128,67	51.828,00
d. Misereor	55.488,66	58.976,83
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	46.325,80	44.557,22
g. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	20.358,00	24.869,13
h. GIZ	116.109,77	56.675,47
j. Publikationserlöse	604,84	464,88
k. Mitgliedsbeiträge	2.760,00	2.760,00
m. Rückstellung für evtl. Zuschussrückzahlung		-1.418,89
2. Honorare an Dritte	7.257,01	1.811,16
3. Personalaufwand	308.301,92	290.877,06
4. Abschreibungen (inkl. Forderungsverluste)	477,21	1.827,89
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	84.003,69	57.154,17
a. Raumkosten	17.567,09	
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	950,30	
c. EDV-Kosten	6.188,24	
d. Buchführungskosten	4.537,76	
e. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	19.524,38	
f. Versch. betriebl. Kosten (inkl. Publikationen und Internetkosten)	35.235,92	
6. Sonstige betriebliche Erträge		4.242,17
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	178,83	0,00
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47,16	0,00
9. Jahresfehlbetrag (Jahresüberschuss)	-14.353,92	-10.715,47
10. Entnahme aus den satzungsmäßigen Rücklagen	14.353,92	10.715,47
11. Bilanzgewinn	0,00	0,00

V. Daten und Fakten

1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2023

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2023: 43) und einem fünfköpfigen Vorstand. Bei der Mitgliederversammlung 2023 konnte die bisherige Vorsitzende Dr. Silke Weinlich aus beruflichen Gründen nicht mehr für den Vorsitz kandidieren. An ihre Stelle trat Prof. Dr. Tanja Brühl, die den Verein bereits zuvor 18 Jahre lang erfolgreich geführt hatte.

Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, den Programmleiter*innen Bodo Ellmers, Tobias Gerhartsreiter und Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter*innen, Praktikant*innen und Berater*innen.

Vorstand GPF Europe



Dr. Tanja Brühl
Vorstandsvorsitzende
seit September 2023, davor Beisitzerin



Dr. Michèle Roth
Schatzmeisterin



Dr. Antje Schultheis
Beisitzerin
seit September 2023



Verena Winkler
Beisitzerin



Jens Martens
Geschäftsführender Vorstand

Mitarbeiter*innen GPF Europe



Bodo Ellmers
Programmleiter
(Berlin/Brüssel)



Karolin Seitz
Programmleiterin
(Köln/Bonn)



Tobias Gerhartsreiter
Programmleiter
(Bonn)

Praktikant*innen GPF Europe:

Emilia Boutin, Timon Steger,
Lena Jarzyk, Christian Bresgen

Berater:

Dr. Henning Melber, Policy Advisor (Uppsala)
Dr. Klaus Hüfner, Senior Research Fellow on
UN Finance (Berlin)

2. Veröffentlichungen

Breen, Emer/Kumar, Ramya (2023):

Private foundations and their global health grant-making patterns. A rapid analysis of the Rockefeller Foundation, Wellcome Trust, and Bill and Melinda Gates Foundation. Bonn: GPF Europe.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Private_foundations.pdf

Ellmers, Bodo (2023):

Zu wessen Nutzen? Der aktuelle Prozess der Weltbank-Reform. Bonn: GPF Europe.

<https://www.globalpolicy.org/de/publication/zu-wessen-nutzen-der-aktuelle-prozess-der-weltbank-reform>

Englische Fassung: <https://www.globalpolicy.org/en/publication/world-bank-reform-whose-benefit>

Ellmers, Bodo (2023):

Innovative Instrumente der Klimafinanzierung. Bonn: GPF Europe.

<https://www.globalpolicy.org/de/publication/innovative-instrumente-der-klimafinanzierung>

Englische Fassung: <https://www.globalpolicy.org/en/publication/innovative-climate-financing-instruments>

Ellmers, Bodo (2023):

Umsetzung der 17 Ziele. Mit einem „Big Push“ in die zweite Halbzeit? In: Eine Welt Presse 01/2023, Berlin: DGVN, S. 3.

<https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/finanzierung-nachhaltiger-entwicklung>

Ellmers, Bodo/Kern-Fehrenbach, David (2023):

Vorschläge für ein UN-Steuerabkommen. In: Vereinte Nationen 01/2023, Berlin: DGVN, S. 22–27.

<https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/vorschlaege-fuer-ein-un-steuerabkommen>

Global Policy Forum Europe (2023):

Spotlight on Global Multilateralism. Perspectives on the future of international cooperation in times of multiple crises. Bonn/Genf.

<https://www.globalpolicy.org/en/multilateralism>

Martens, Jens (2023):

Auf dem Weg zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen 2024. Themen – Konflikte – Erwartungen. Bonn: GPF Europe.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_1023_Zukunftsgipfel.pdf

Martens, Jens et al. (2023):

Halbzeitbilanz der Agenda 2030. Die globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Prüfstand. Bonn: GPF Europe.

<https://www.2030agenda.de/de/halbzeitbilanz>

Martens, Jens (2023):

Im Schatten des SDG-Gipfels. Das Hocharrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2023. Bonn: GPF Europe.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0823_Im_Schatten_des_SDG-Gipfels.pdf

Martens, Jens (2023):

Reformen der globalen Finanzarchitektur. Vorschläge, Konflikte und Perspektiven auf dem Weg zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen 2024 und der Financing for Development-Konferenz 2025. Bonn: GPF Europe.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_1223_Reformen_Finanzarchitektur-dt.pdf

Englische Fassung: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_Reforms%20to%20the%20global%20financial%20architecture.pdf

Martens, Jens (2023):

Der SDG-Gipfel der Vereinten Nationen 2023. Ergebnisse – Konflikte – Perspektiven. Bonn: GPF Europe.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0923_SDG-Gipfel_der_Vereinten_Nationen.pdf

Martens, Jens (2023):

Städte als globale Nachhaltigkeitsakteure
Voluntary Local Reviews und inklusiver
Multilateralismus. Bonn: GPF Europe.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_1223_St%C3%A4dte_als_globale_Nachhaltigkeitsakteure.pdf

Seitz, Karolin (2023):

Bericht über die neunte Tagung der
zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe für ein
verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und
Menschenrechten („Treaty“). Berlin/Bonn: GPF
Europe/Rosa-Luxemburg-Stiftung.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_9.Tagung%20UN-Treaty.pdf
Englische Fassung: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_9th%20session%20UN%20Treaty_en.pdf

Seitz, Karolin (2023):

Geschlechtergerechtigkeit im globalen
Wirtschaftssystem. Ein internationales Abkommen
zu Wirtschaft und Menschenrechten („UN-
Treaty“) im Sinne einer feministischen Außen-
und Entwicklungspolitik. Berlin/Bonn: GPF
Europe/Rosa-Luxemburg-Stiftung.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0923_UN-Treaty_Geschlechtergerechtigkeit.pdf
Englische Fassung: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0923_UN%20Treaty_Gender%20Justice_0.pdf

Seitz, Karolin (2023):

Nach dem EU-Lieferkettengesetz ist vor dem
UN-Treaty. Ein EU-Mandat für die
Verhandlungen über ein internationales
Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten.
Berlin/Bonn: GPF Europe/Rosa-Luxemburg-
Stiftung.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0823_EU-Verhandlungsmandat_UN-Treaty.pdf
Englische Fassung: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0823_EU%20mandate%20negotiations_UN%20treaty.pdf

Seitz, Karolin (2023):

Pandemie der Freiwilligkeit. Die
zunehmende Fragmentierung der globalen
Gesundheitsarchitektur durch immer neue Multi-
Stakeholder-Initiativen. Aachen/Berlin/Bonn:
Brot für die Welt/Global Policy Forum Europe/
Misereor.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_1023_Pandemie_der_Freiwilligkeit.pdf

Englische Fassung: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_1023_pandemic_of_voluntarism%20.pdf

Seitz, Karolin et al. (2023):

UN-Treaty: Politischen Moment nicht verspielen.
Stellungnahme der Treaty Alliance Deutschland
zum aktualisierten dritten Entwurf für ein
verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und
Menschenrechten («Updated Third Draft»). Berlin:
CorA-Netzwerk.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Treaty_Alliance_Stellungnahme_10_2023.pdf

Seitz, Karolin (2023):

Verbindlichkeit schaffen. Der UN-Treaty soll
globale Regeln für die globale Weltwirtschaft
multilateral gestalten. In: maldekstra #18. Berlin:
common Verlagsgenossenschaft eG/Rosa-
Luxemburg-Stiftung, S. 12–13.

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/maldekstra/Maldekstra_18.pdf

Seitz, Karolin/Paasch, Armin (2023):

Methode „Copy & Paste“. Wie deutsche
Europaabgeordnete beim EU-Lieferkettengesetz
Forderungen der Wirtschaftslobby wörtlich
übernehmen. Aachen/Bonn: GPF Europe/
Misereor.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0123_Copy%26Paste_EU-Lieferkettengesetz_de.pdf

Englische Fassung: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0123_Copy%26Paste_CSDDD_en.pdf

3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
Online-Vortrag von Jens Martens bei Engagement Global/SKEW „Die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen auf kommunaler Ebene umsetzen“	25. Januar
Online-Vortrag von Jens Martens beim Eine-Welt-Netz NRW „Vor der SDG Halbzeit. Was steht an – global, national, lokal?“	6. März
Vortrag von Bodo Ellmers zu Entwicklungsfinanzierung bei DGB-Bildungswerk und Attac in Dortmund	20. März
Vortrag von Bodo Ellmers zu „Fiscal Space for Social Protection“ bei Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin	23. März
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zu „Priorities for the 2023 Financing for Development Forum“ beim EU Expert Meeting	24. März
Vortrag beim ZFL der Universität Köln zum Thema „SDG-Halbzeitbilanz und BNE“	18. April
Veranstaltung: EU Multistakeholder Dialogue on Financing for Development in New York, veranstaltet von GPF Europe, Eurodad und dem Europäischen Auswärtigen Dienst.	19. April
Vortrag von Jens Martens bei einem Vorbereitungstreffen der DGVN zum UN-Nachhaltigkeitsforum in Bonn	4. Mai
Online-Veranstaltung „Private foundations and the WHO Pandemic Treaty: Negotiations gated in philanthrocapitalism?“	18. Mai
Vortrag von Jens Martens bei einer DGVN-Tagung zur SDG-Halbzeit	24./25. Mai
Vortrag von Jens Martens bei einer Tagung von Engagement Global/SKEW und Bertelsmann-Stiftung in Potsdam „Ausblick auf die 2. Halbzeit der SDGs“	5./6. Juni
Paneldiskussion mit Jens Martens bei einer DGVN-Tagung zu „50 Jahren deutscher Mitgliedschaft: Perspektiven einer neuen deutschen UN-Politik“ in Loccum	9. Juni
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zu „Current Challenges for Aid Effectiveness“ beim Eurodad Policy Forum	13. Juni
Vortrag von Bodo Ellmers zu „The Bridgetown Initiative – A critical perspective“ bei der UNFCCC-Klimakonferenz in Bonn	14. Juni
Online-Statement von Jens Martens bei einer Veranstaltung von terre des hommes und Welthungerhilfe zu 30 Jahren Berichterstattung über die Wirklichkeit deutscher Entwicklungspolitik	15. Juni
Online-Briefing: Live aus New York: Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie in der „Zeitenwende“. Bericht vom Hocharangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen 2023 in New York, veranstaltet von GPF Europe und dem Forum Umwelt und Entwicklung	18. Juli
Präsentationsveranstaltung: Halbzeitbilanz der Agenda 2030. Die globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Prüfstand, in Bonn	25. August
Vortrag von Bodo Ellmers zu „World Bank reform“ bei der CSO Global Assembly im Kontext des UN SDG-Gipfels in New York	17. September
Online-Briefing: Gipfelwoche in New York. Live-Bericht von der High-Level Week der UN-Generalversammlung 2023, veranstaltet von GPF Europe, der DGVN und dem Forum Umwelt und Entwicklung	19. September

Was	Wann
Vortrag von Jens Martens bei Engagement Global/SKEW „Die Agenda 2030 und die Rolle von Kommunen“ in Hamm	20. September
Tagung: Nach dem SDG-Gipfel, veranstaltet von GPF Europe, der DGVN und dem Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin	27. September
Online-Informationsgespräch zum Stand des UN-Treaty und seiner Bedeutung für mehr Geschlechtergerechtigkeit im globalen Wirtschaftssystem	28. September
Side-Event und Vortrag von Bodo Ellmers zu „Debt Architecture Reforms“ bei CSO Side-event bei der Weltbank-Jahrestagung in Marrakesch	11. Oktober
Online juristisches Fachgespräch zum aktualisierten UN-Treaty-Entwurf	13. Oktober
Side Event „What next after the EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive?“ bei der UN in Genf	23. Oktober
Vortrag von Bodo Ellmers zu „Looking ahead. The future of UN funding“ bei IDOS in Bonn	7. November
Vortrag von Karolin Seitz bei Expert Group Meeting on the Accountability of Powerful Private Actors in Global Health der UN University in Oxford: Private Foundations and Global Health	8. November
Vortrag von Jens Martens bei Rhein.Main.Fair in Frankfurt zur Halbzeitbilanz der Agenda 2030	8. November
Vortrag von Jens Martens bei der Stadt Griesheim über die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele und die Rolle der Kommunen	23. November
Vortrag von Jens Martens bei einer Veranstaltung von Engagement Global/SKEW und dem Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen in Speyer zum Thema „Nachhaltigkeit als konkrete Chance für zukunftsfähige und krisenfeste Kommunen“	7. Dezember
Online-Veranstaltung mit DGVN und Vortrag von Bodo Ellmers zu „Weltbank-Reform“	13. Dezember

4. GPF im Internet



www.globalpolicy.org



www.2030agenda.de



www.globalpolicywatch.org



www.2030spotlight.org

